

Der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) fordert, dass gesundheitliche Auswirkungen von 5G vor dem Ausbau erforscht werden

Das mobile Breitband 5G wird zurzeit viel diskutiert – allerdings geht es in diesen Diskussionen hauptsächlich um die Chancen für Wirtschaft und Industrie. Kaum thematisiert werden dagegen mögliche gesundheitliche Risiken, die mit dem Einsatz von 5G verbunden sein können.

Aus Sicht des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) muss die Bundesregierung die Gesundheit der Menschen endlich in den Blick nehmen und dafür sorgen, dass schnellstmöglich die gesundheitlichen Auswirkungen von 5G im Rahmen von Begleitstudien durch unabhängige Institute erforscht werden.

Bisher gibt es so gut wie keine unabhängige Risikoforschung zu 5G. Die wenigen Forschungen, die bisher zu 5G vorliegen, warnen vor gesundheitlichen Risiken. Weder sind die Wirkungen auf Risikogruppen wie Kinder ausreichend untersucht, noch lassen sich Aussagen von 5G-Befürwortern, dass es keine Risiken durch die flächendeckende Nutzung elektromagnetischer Strahlung gäbe, wissenschaftlich belegen.

Die Präsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz, Inge Paulini, sagte am 25.2.2019 in der 3sat-Sendung nano: „Die Personengruppen, die wir besonders im Fokus haben, die besonders schützenswert sind – sind Kinder, Säuglinge, Kranke, alte Menschen. Der Ausbau der 5G-Netze sollte auf jeden Fall

so erfolgen, dass sensible Orte, Orte, wo diese Menschen sich aufhalten - Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser – dass die erst mal ausgenommen werden.“ (siehe 3sat-Video ab Minute 2:20, <http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=79212>)

Aus Vorsorgegründen ist die Bundesregierung aufgefordert, dem Beispiel der Schweiz zu folgen und eine Absenkung der Grenzwerte aller Mobilfunksendeanlagen vor dem weiteren Ausbau um mindestens 90 Prozent veranlassen. Da die gültigen Grenzwerte nur die Wärmewirkungen der Strahlung berücksichtigen, nicht aber ihre nicht-thermischen Auswirkungen auf die menschlichen Zellen, haben sie keine Schutzwirkung. Deshalb fordert der BUND schon seit 2008 neue, medizinisch begründete Grenzwerte.

Weiterhin ist vor einem Netzausbau dringend notwendig zu prüfen, wie viele Sendemasten in der Region wirklich benötigt werden. Eine Verpflichtung der Netzbetreiber, sich Sendeanlagen zu teilen – das so genannte Roaming – reduziert die Dichte von Sendemasten. Dann müssen die Netzanbieter nicht jeweils eigene Sendemasten errichten, um ihren Kundinnen und Kunden eine gute Netzabdeckung bieten zu können. Die lokalen Politikvertreter fordern wir auf, den Ausbau des 5G-Netzes in der Region so lange zu blockieren, bis die gesundheitliche Unbedenklichkeit bewiesen ist.